



# MM #2

## Sanktionen gegen Russland

**Welche Auswirkungen sind bereits zu sehen und was sind die möglichen Konsequenzen für die EU**

Als Reaktion auf die grundlose und ungerechtfertigte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine hat die EU diese Woche mehrere Sanktionen verabschiedet. Kaum eine Branche wird ausgelassen: Finanzen, Verkehr, Reisen, Kultur, Sport. Ich werde euch heute einen Einblick in die finanziellen Sanktionen und dessen Auswirkungen geben. Sowohl die, die bereits zu sehen sind, als auch mögliche weitere Konsequenzen für die EU.

Putins Angriffskrieg und dessen langfristigen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und vor allem den Menschenrechten sind noch kaum absehbar. Wichtig ist, dass wir diesen Weg europäisch solidarisch gehen.

Euer Rasmus Andresen

---

### MM #2 Themen:

- **Sanktionen** und dessen Auswirkungen auf die EU
  - Hintergrund zu **SWIFT**
  - Die Auswirkungen des Ukraine Kriegs im **EU Haushalt**
  - "**What mattered, too**" - was sonst noch passiert ist
- 

## Sanktionen gegen Russland

**Welche Auswirkungen sind bereits zu sehen und was sind die möglichen Konsequenzen für die EU?**

Die EU Sanktionen gegen Russland sind diese Woche in Kraft getreten. Insgesamt 7 große russische Banken sind von dem SWIFT System ausgeschlossen, dazu gehören VTB, Bank Otkritie, Novikombank, Promsvyazbank, Rossiya Bank, Sovcombank and VEB. Von den Sanktionen sind nicht betroffen Sberbank, Russlands größter Darlehensgeber nach Vermögenswerten sowie die Gazprombank, die in dem Energiesektor engagiert ist.

**Weitere Finanzsanktionen:**

- Restriktionen auf die russische Zentralbank, internationale Reserven so einzusetzen, dass sie die Sanktionen untergraben würden.
- Eingrenzung der Ausgaben sogenannter "Goldener Pässe" - Malta hat bereits die Ausgabe der Goldenen Pässe gestoppt.
- Eine transatlantische Task Force, die eine effektive Implementierung der finanziellen Sanktionen sicherstellt.

### **Sanktionen im Finanzbereich, die bereits in den vorangegangenen Paketen verabschiedet worden sind:**

- Verbot von Transaktionen mit der russischen Zentralbank
- Verbot von Anleihen an die russische Regierung sowie vom Ankauf von Wertpapieren
- Verbot von Transaktionen mit staatlich kontrollierten russischen Banken
- Verbot von Aktienhandel mit russischen staatlichen Unternehmen
- EU Banken können keine Einlagen von russischen Staatsangehörigen über 100.000 Euro akzeptieren

Die Schweiz hat nach viel öffentlichen Druck, auch von unseren schweizer Grünen Freund\*innen sich nach langem Zögern den EU Sanktionen ausnahmslos angeschlossen. Das ist deshalb wichtig, weil viele russische Oligarchen hier ihr Vermögen halten. Auf schweizer Bankkonten liegen insgesamt über 11 Mrd. \$ Vermögen von Privatpersonen und Unternehmen. Das ist  $\frac{1}{3}$  des russischen Auslandsvermögens. Über 80% des russischen Rohstoffhandels werden in der Schweiz abgewickelt.

Neben Sanktionen im Finanzbereich hat die EU weitere Sanktionen erlassen, wie zum Beispiel im Transport- oder Energiebereich.

Im Transportbereich hat die EU neben der Sperrung des gesamten EU-Luftraums für russische Flugzeuge zusätzlich ein Verbot von Absatz von europäischen Flugzeugteilen nach Russland verabschiedet. So haben am Mittwoch Airbus und Boeing die Lieferungen von Ersatzteilen eingestellt und stellen seitdem auch keine technische Unterstützung an russische Flugzeugbauer.

Im Energiebereich gilt nun ein Verbot von Verkauf, Lieferung, Transfer oder Export von bestimmten Gütern und Technologien aus Öl-Raffination der EU.

Die Auswirkungen für die russische Wirtschaft sind groß. Der Rubel hat am Montag 30% seines Wertes verloren. Das Einfrieren von den Zentralbankreserven heißt zusätzlich, dass Russland ausländische Vermögenswerte nicht verkaufen kann, um den Rubel in seinem Wert zu retten und einer weiteren Devaluation zuvorzukommen. Die Devaluation des Rubels führt zu einer hohen Inflation, die am 2. März bei 9,05% lag.

Die Bankenliquidität und Zahlungsfähigkeit wird sehr beeinträchtigt. Hinzu kommt, dass die Menschen in Russland in Panik ihre Ersparnisse von ihren Konten abheben, was noch zusätzlich die Liquidität beeinträchtigt.

Die russische Börse schloss für mindestens eine Woche. Es kommt zu einem erheblichen Anstieg der Finanzierungskosten aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu den internationalen Märkten und der starken Zinserhöhung (von 9,5 % auf 20 %, die am Montag von der Zentralbank Russlands beschlossen wurde). Russland steht vor einer harten Rezession, dem Land droht ein Fall des BIP um 10%. Dazu kommt auch noch der Rückgang der Einnahmen durch Gas und Öl.

Um eine Verlagerung hin zu Kryptowährungen zu verhindern, hat die EU Kommission angekündigt ein Regulierungspaket für diesen Bereich vorzulegen.

Wir Grüne unterstützen weitere Sanktionsmaßnahmen.

Da die russischen Staatseinnahmen zu 60% von Rohstoffen abhängig sind und die beiden größten russischen Banken Sberbank und die Gazprom Bank nicht Teil der Sanktionspakete sind, werden weitere Diskussionen zu dieser Frage auf europäischer Ebene folgen.

Allerdings haben die Sanktionen auch Konsequenzen für die EU. Neben starkem Anstieg von Öl- und Gaspreisen wird ein Anstieg der Inflation erwartet. Zusätzlich kann es zur Störung der finanziellen Stabilität kommen aufgrund von politischer Unsicherheit. Der Exportausfall nach Russland hat Auswirkungen auf den deutschen Absatzmarkt.

Die Sanktionen betreffen auch direkt Tochterbanken in der EU oder Banken die materielle Belastungen in Russland haben.

Durch die Sanktionen auf die russische Zentralbank kann es auch dazu kommen, dass die Zentralbanken der anderen Staaten ihre Vermögenswerte in den entsprechenden Währungen nur auf einem Mindestniveau halten.

Zu den Auswirkungen der Sanktionspakete, wie dem SWIFT Ausschluss oder aber auch zu russischer Finanzkriminalität in der EU, habe ich zwei Anfragen an die EU Kommission gestellt, die ihr hier lesen könnt:

[\*Kommissions Anfrage: Russische Finanzkriminalität in der EU\*](#)

[\*Kommissions Anfrage: Ökonomische Auswirkungen der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland\*](#)

Ich halte euch über die Antworten der Kommission auf dem Laufenden.

## Hintergrund zu SWIFT

Swift ist eine Genossenschaft, die sichere Finanznachrichtendienste anbietet, und weltweit führend auf diesem Gebiet ist (SWIFT behauptet, dass 11.000 Organisationen aus 200 Ländern an seinem System teilnehmen). SWIFT hält oder transferiert keine Gelder, sondern ermöglicht es Banken und anderen Finanzunternehmen, sich gegenseitig über bevorstehende Transaktionen zu informieren.

Russland ist sehr stark von SWIFT abhängig, insgesamt 1,5% aller SWIFT Transaktionen werden von Russland getätigt, das entspricht einem Volumen von 800 Mrd. Euro pro Jahr.

Konkret heißt ein Ausschluss von SWIFT, dass russische Banken dieses Netzwerk nicht nutzen könnten und stattdessen zu old school Zahlungsmethoden greifen müssen, wie Fax oder Telex. Diese Mittel sind unsicherer und würden kaum von den Gegenseiten der Transaktionen akzeptiert werden. Es wird also für russische Finanzinstitutionen schwierig bis hin zu unmöglich, Gelder zu bekommen oder zu überweisen. Also würden die Einnahmen aus Ausfuhr massiv zurückgehen.

### **Wie kann Russland den SWIFT Ausschluss umgehen?**

Dadurch, dass nur einige russische Banken von SWIFT ausgeschlossen sind, können anderen Banken im Auftrag der ausgeschlossenen Banken die Zahlungen ausführen (Verschachtelungspraxis).

Es kann auch sein, dass die Banken die Transaktionen über verbündete Länder wie Weißrussland tätigen. Wichtig ist zu wissen, dass ein SWIFT Ausschluss nicht die Transaktionen mit Kryptowährungen betrifft und würde eine Möglichkeit für Russland bieten, die Sanktionen zu umgehen. Dies war am Mittwoch auch Thema bei dem informellen Treffen der EU Finanzminister\*innen. Der Französische Finanzminister Bruno Le Maire hat angekündigt, dass die EU Maßnahmen ergreifen wird, damit Russland die Sanktionen über Kryptowährung nicht umgehen kann.

Mehr dazu könnt ihr hier lesen:

[Reuters - EU to make sure Russia cannot circumvent sanctions with crypto assets -Le Maire](#)

## Die Auswirkung des Ukraine-Kriegs im EU Haushalt

Neben den wirtschaftlichen Sanktionen und Auswirkungen auf die russische und die EU Wirtschaft kommt es auch zu Veränderungen im EU Budget.

In dem vergangenen Mehrjahresrahmen 2014–2020 hat Ukraine insgesamt 17 Mrd. Euro an Zuwendungen und Darlehen bekommen.

Im Januar 2022 wurde beschlossen, die finanziellen Hilfen für die Ukraine aufzustocken. Dazu gehören 120 Mio. an Zuwendungen, zusätzlich zu den 160 Mio. bereits beschlossenen Zuwendungen für 2022 für Staatsaufbau sowie insgesamt 1,2 Mrd. Euro als Makrofinanzhilfen-Darlehen. Davon werden jetzt 600 Mio. Euro sofort ausgezahlt.

Am 27. Februar hat der EU Rat beschlossen, über die europäische Friedensfazilität Waffen im Wert von insgesamt 450 Mio. Euro und Ausrüstung im Wert von 50 Mio. Euro an die Ukraine zu liefern. Die Gelder der Friedensfazilität sind außerhalb des EU-Budgets und werden direkt von den Mitgliedstaaten nach einem BNE-Verteilungsschlüssel gestellt.

Über den aktivierten Zivilschutz Mechanismus der Union gibt bereits viele Sachleistungen der Mitgliedstaaten, darunter Medikamente, Erste-Hilfe-Kits, Zelte, Ausrüstung für Feuerwehr, Stromgeneratoren und Wasserpumpen.

Zusätzlich sollen 90 Mio. Euro als humanitäre Hilfe direkt aus dem EU-Haushalt gehen.

Dass Gelder für die humanitäre Hilfe direkt bereitstehen, ist auch dem Parlament und der Grünen Fraktion zu verdanken. Wir haben uns bei den Haushaltsverhandlungen für 2022 starkgemacht für eine stärkere Ausstattung bei der humanitären Hilfe.

Während der Plenarsitzung des EU-Parlaments am 1. März hat die EU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, insgesamt 500 Mio. Euro aus dem EU-Budget zu nehmen, um auf die humanitäre Katastrophe zu reagieren. Die Gelder dazu kommen aus den unterschiedlichen Töpfen, wie dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI), dem Asyl- und Migrationsfonds (AMIF) sowie der Solidaritäts- und Soforthilfereserve (SEAR). Bei der letzteren sind von 2021 noch 40,8 Mio. übrig, die in 2022 genutzt werden können. Gemeinsam mit den Zuwendungen für 2022 ist in der SEAR insgesamt 1,34 Mrd. Euro verfügbar.

Innerhalb der EU können weitere Kohäsionsgelder an die EU Länder ausgezahlt werden, die viele Geflüchtete aufnehmen, wie Polen oder Tschechien. Es wird auch geprüft, ob Instrumente, die für die Bewältigung der COVID-Krise geschaffen worden sind, auch ausgeweitet werden können.

Die EU-Kommission sondiert gerade alle Möglichkeiten, wie möglichst schnell möglichst viel Geld mobilisiert werden kann. Das EU-Parlament wird dabei aktiv mitarbeiten.

Europaabgeordnete fordern EZB zu konkreten Unterstützungsmaßnahmen auf. Gemeinsam mit vielen anderen Europaabgeordneten habe ich zwei Briefe an EZB Präsidentin Lagarde geschickt. In einem Brief auf Initiative meiner Grünen Kollegin Anna Derparnay Grunenberg bitten wir die EZB eine Empfehlung dafür auszusprechen, Transaktionskosten für Überweisungen in die Ukraine auszusetzen.

Mit meinem liberalen Kollegen habe ich Frau Lagarde in einem Brief aufgefordert, mit der ukrainischen Nationalbank sicherzustellen, dass Ukrainer\*innen auf der Flucht ihr Geld in Euro wechseln können. Die EZB soll im Weiteren aufzeigen, welche Maßnahmen dafür ergriffen werden können, dass die Menschen durch die dramatische Entwicklung ihr Vermögen durch den Absturz der Währung nicht verlieren.

## +++ WHAT MATTERED, TOO +++

### **BUDG: Klima-Sozial-Fonds**

Im Haushaltsausschuss fand am Montag eine Aussprache zu dem Klima-Sozialfonds statt, für den ich seitens der Grünen Fraktion im Haushaltsausschuss zuständig bin.

Der Klima-Sozialfonds wird als Instrument geschaffen, um die Auswirkungen des revidierten Emissionshandelssystems (ETS II) abzufedern.

Für uns Grüne ist jedoch wichtig, dass der Klima-Sozialfonds vom ETS II entkoppelt wird und unabhängig von ETS II funktioniert, weil wir Grüne den ETS II, also die Ausweitung des Emissionshandels auf Gebäude und Verkehr insgesamt ablehnen. Diesen und weitere Forderungen habe ich während meiner Rede im Haushaltsausschuss betont sowie in meinen Änderungsanträgen festgehalten.

Die Rede könnt ihr hier sehen:

[Mein Redebeitrag im BUDG-Ausschuss zu Klima-Sozialfonds](#)



Dir hat der Money Matters gefallen, dann empfehle den Newsletter weiter.

[Newsletter weiterempfehlen](#)

Du hast Feedback zu unseren Inhalten oder Themenvorschläge?

[Schreibe uns hier](#)

Die E-Mail kam über einen Verteiler?

Melde dich mit deiner eigenen E-Mail für unseren **Money Matters Newsletter** hier an:

**Anmeldung Money Matters  
Newsletter**

Möchtest du mehr allgemein über meine Arbeit im Europäischen Parliament erfahren? Dann melde dich für unseren **Europa Newsletter** an

**Anmeldung Europa  
Newsletter**

Copyright © 2022, MEP Rasmus Andresen, All rights reserved.  
[www.rasmus-andresen.eu](http://www.rasmus-andresen.eu)

Europäisches Parlament  
08 G 115  
Rue Wiertz 60  
B-1047 Brüssel

[Web-Ansicht](#) | [Webview](#) | [Aperçu web](#)

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)